

Die EU hat es in der Hand

Zu: „Mehr als 30 Tote bei Havarien“, FR-Politik vom 27. Dezember

Die von dem griechischen Schiffsverkehrsminister Giannis Plakiotakis gegenüber den „kriminellen Schleuserbanden, die Dutzende erschöpfte Menschen ohne jede Sicherheitsvorkehrung, ohne Rettungswesten auf seeuntüchtigen Booten zusammenpferchen“, erhobenen Vorwürfe sind berechtigt, verkennen aber, dass es die Abschottungspolitik der EU ist, die asylsuchende Menschen in die Arme dieser Schleuserbanden treibt. Würde die EU legale Zugangswegen für Flüchtlinge schaffen, könnten diese für das Geld, das sie gegenwärtig den Schleuserbanden für die lebensgefährliche Überfahrt von der Türkei nach Griechenland oder Italien zahlen müssen, Tickets für sichere Fahrten oder Flüge kaufen. Die EU hätte es in der Hand, das Sterben an seiner Außengrenze im Mittelmeer zu beenden, anstatt nur mit dem Finger auf die zweifelsohne skrupellosen Schleuserbanden zu zeigen.

Thomas Tews, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zurschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20220110

Ein Etikett für Baerbock

Assange: „Rechtsstaatlich gesehen ein Skandal“, FR-Politik vom 24.12.

Sehr geehrte Frau Ministerin Baerbock, Sie haben nun ein Regierungsamt und tragen Verantwortung. Sie sprechen viel von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, von Menschenrechten und Pressefreiheit als Garanten unseres westlichen Wertesystems. Für nichts anderes steht Julian Assange. Seine Menschenrechte werden mitten in unserem wertebasierten Europa mit Füßen getreten. Er wird in einem englischen Gefängnis gefoltert, weil er als Journalist für eben diese Werte eintritt. Ihr Schweigen zu seiner Misshandlung und zu dem skandalösen Geschehen insgesamt wird Sie wie ein böser Fluch verfolgen. Ihr Nichtstun macht Sie zur Mittäterin. Ihr Wegsehen entlarvt Sie. Dieses Etikett wird an Ihnen kleben bleiben. Brechen Sie Ihr Schweigen! Setzen Sie sich für die Freilassung von Julian Assange ein! Beginnen Sie Ihr Amt mit Würde! Gudrun Hinz-Warnke, Hamburg

Schimpfen auf Covid

4000 Impfgegner in Frankfurt: „Demo mit Gegenprotest“, FR-Regional v. 10.1.

„Auf die Arbeit schimpft man nur so lange, bis man keine mehr hat“ (Sinclair Lewis). Das kann man abwandeln auf Corona-Impfgegner: Auf Covid-19 schimpft man nur so lange, bis man krank wird.

Michael Ziganke, Schönenberg (CH)

Wird das nun eine echte Transformation?

Sozialökologischer Umbau: „Grüne Preisspirale“ u. „Grüne Inflation sozial bewältigen“, FR-Politik v. 10.1. u. -Meinung v. 23.12

Milliarden für die Rüstung fehlen in der Sozialpolitik

Der widerständische Hesse sagt: „Ei, als dawidder!“ Hier fürwahr nicht gegen die Coronamaßnahmen. Das überlassen wir den Toren, Mitläufern, Demagogen und Verschwörungserzählern, die ohne Skrupel und Scham unter der Regie von Nazis, zuweilen sogar in KZ-Häftlingskleidung mit Davidstern, die Holocaustopfer verhöhnern, sondern meinen solche Widerständigen, die den im Koalitionsvertrag vereinbarten Eckpunkten einer neuen Politik eines friedlichen, sozialökologischen Umbaus der Gesellschaft mit Skepsis, Enttäuschung oder gar Zorn begegnen.

Die Militarisierung der Außenpolitik auf Bundes- wie EU-Ebene wird trotz des Fiaskos in Afghanistan fortgesetzt. Der Hauptfaktor der Zerstörung einer sozialen und ökologischen Politik ist ohne Zweifel die Aufrüstung, die Bereitschaft zum Führen von Krieg, schon die Drohung damit, Stimmungsmache und Sanktionen gegen einen angeblichen Feind, meist auf Grund von geheimdienstlichen „Erkenntnissen“. Naturgemäß auch die enorme Belastung mit umweltschädlichen Emissionen – Umweltforscher sagen, fast die Hälfte gehen auf das Konto solcher unfriedlichen, aggressiven und interventionistischen Eskalationspolitik. Ganz abgesehen von der Ausweitung des Militärhaushalts auf Druck der Nato und USA. Die Milliarden gehen der Sozialpolitik verloren.

Die unfriedliche und konfrontative Politik richtet sich aktuell wie auch schon vor der politischen Wende gegen China und Russland. Insbesondere Außenministerin Baerbock hatte sich ja schon lange vor Amtsantritt positioniert als treue Vasallin der Nato und der USA. Angeblich menschenrechtlich und wertebasiert. Friedenspolitik spielte schon im Wahlkampf kaum eine Rolle. Jetzt erleben wir den Ausbau von Ramstein durch Festlegung auf eine Flotte von bewaffneten Drohnen, die blind trotz aller Aufklärung beim Einsatz gegen den „Feind“ Zivilisten töten. Wir

sehen, dass die Atomwaffenstationierung in Büchel begleitet wird von Störmanövern gegen eine Unterschrift zum Atomwaffenverbotsantrag. Kein Signal für Entspannung, nicht einmal ein Telefonat. Auch das Ferngespräch zwischen Biden und Putin ergebnislos. Man arbeitet weiter an der Natoaufnahme der Ukraine. Damit der Ring um die russische Föderation geschlossen wird. Uns allen ein gutes neues Jahr.

Jörg Sternberg, Hanau

Nachträgliche Entzerrung von verzerrten Preisen

Rudolf Hickel vertritt im Gastbeitrag nicht nur einen auf den ersten Blick marktkritischen Standpunkt, sondern er leistet einen auf den zweiten Blick wirklich wertvollen Beitrag für das Verständnis einer funktionierenden Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert. Freilich passen aus klassischer Sicht Nullzinspolitik und massive Ankäufen von Staatsanleihen bei steigender Inflation erst mal nicht zusammen. Jedoch haben sich über die Koordinaten der Märkte so sehr verschoben, dass klassische Instrumente der Geldpolitik in einer sozialen Marktwirtschaft zunehmend obsolet sind. Die gravierenden Veränderungen im Zusammenspiel von Weltwirtschaft und Klima sind nur zeitversetzt wahrnehmbar, vielleicht sogar erst, wenn es schon zu spät ist. Ein dauerhaft überbordender Konsum durch viel zu niedrige Verbraucherpreise auf Kosten von Umwelt, Klima und Gesundheit haben eine Verschuldung bewirkt, die pro Kopf real viel höher zu beziffern ist, als uns nominal vorgegeben wird.

Die weiterhin lockere Geldpolitik bei gleichzeitiger Inflation wirkt wie eine Vermögenssteuer auf Sparguthaben und Lebensversicherungen. Es ist daher geldpolitisch richtig, weiterhin durch quantitative Lockerung die Staatshaushalte in ihren wachsenden Anforderungen beim ökologischen Umbau und bei der Verarbeitung der Pandemiefolgen zu unterstützen. Sicherlich bedarf es auch einer Umverteilung zugunsten von Beschäftigten im Niedriglohnsektor und Beziehern

von Sozialeinkommen. Entscheidend ist aber die Einsicht, dass die augenscheinlich verzerrte Geldpolitik der EZB nichts anderes ist als eine nachträgliche Entzerrung von verzerrten Preisen. Der EZB vorzuwerfen, sich damit zunehmend den politischen Interessen höher verschuldeter Euro-Länder zu unterwerfen, ist ungerrecht; die jüngsten Entscheidungen der EZB sind vielmehr Ausdruck ihrer unangefochtenen Unabhängigkeit. Klimapolitisch ist diese Geldpolitik im Übrigen weitaus effektiver als eine künstliche Beschränkung auf klimafreundliche Anleihekäufe.

Rolf Bergs, Bad Soden

Wo bleibt die wirkliche Transformation?

Warum ist nicht zumindest die Teileinführung des seit Jahren von einem Großteil der Bevölkerung befürworteten bedingungslosen Grundeinkommens Teil des Programms unserer neuen Regierung? Sie will doch eine echte Transformation der Gesellschaft, um die großen Aufgaben der Klimakrise bewältigen zu können! Eine entscheidende Rolle spielt dafür, den Menschen (vor allem dem unteren Drittel von uns) die Existenzangst zu nehmen, nicht zu sprechen von der fehlenden Sicherheit im Alter. Denn diesen Teil unserer Gesellschaft trifft jede Erschütterung, ob Pandemie oder Inflation, bis ins Mark.

Letztlich wird jede Transformation scheitern, wenn nicht jeder von uns selbst entscheiden kann, was er über seine Grundbedürfnisse hinaus benötigt und wo und was er dafür arbeiten will. Solange das Kapital das bestimmt, wird die Arbeit danach bezahlt, wie man den höchsten Ertrag erzielt. Hier muss eine wirkliche Transformation ansetzen. In Zeiten vorhandener Mittel müssen wir dem Menschen die Chance geben, den ihn betreffenden Teil der Transformation selbst vorzunehmen. Ein BGE ist übrigens sehr wohl finanzierbar, man muss es nur wollen.

Hans-Jürgen Gratz, Friedrichsdorf

Diskussion: frblog.de/sozialoekologisch

FR ERLEBEN

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu aktuellen Themen. Aktuelle Informationen zu möglicher Präsenzteilnahme unter club-voltaire.de. Teilnahme per Video unter fr.de/hebelsstunde
Donnerstag, 13. Januar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit Thomas Flierl, Ex-Kultursenator von Berlin, über dessen Forschung zur Architektin Margarete Schütte-Lihotzky. Präsenzteilnahme wie oben. Per Video: club-voltaire.de/video
Montag, 17. Januar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Mehr Studienförderung für Benachteiligte

Zu: „Was sich beim Bafög ändern soll“, FR-Wissen vom 6. Januar

Liegt der Rückgang der Bafög-Empfänger:innen nicht vor allem daran, dass prozentual immer weniger Kinder aus den unteren und mittleren im Vergleich zu den gehobenen und höheren Einkommensbereichen die „Hochschulreife“ erreichen? Um die Bildungschancen für alle, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern zu erhöhen, sollten mehr Ressourcen eingesetzt werden, vor allem frühzeitig in Kitas und Grundschulen.

Das Studium ist mit monatlichen zinslosen Krediten bei Bedarf finanziell zu ermöglichen, rückzahlbar nach der Aufnahme einer entsprechend vergüteten Beschäftigung.

Als Bildungsaufsteiger aus einer Familie mit unteren mittleren Einkommen empfand ich es gerecht, dass ich die Bafög-Leistungen zurückerhalten musste. Ich war der erste in der Familie mütter- und väterlicherseits, der 1975/76 – 1980 studieren durfte, war also privilegiert und hätte es auch im Vergleich zu anderen als ungehörig empfunden, wenn ich die Bafög-Gelder geschenkt bekommen hätte. Mit meinem Einstiegsgehalt einer befristeten Zweidrittelstelle musste ich auch noch nichts zurückzahlen, erst als ich eine unbefristete volle Stelle besetzen konnte, bekam ich eine über Jahre ge-

streckte Rückzahlungsaufforderung. Wenn also mehr Geld in Bildung investiert werden kann und sollte, dann dort, wo noch etwas für die Kinder von bildungsfernen Eltern oder für Kinder von Eltern mit unteren und mittleren Einkommen erreicht werden kann.

Wenn ich es bis zum Studium geschafft habe, bin ich bereits privilegiert. Ich kann mir die Vorteile und Risiken der zinslosen, aber rückzahlbaren Bafög-Kredite für mein Studium und mein weiteres Leben aneignen. Danach beantrage ich eigenverantwortlich die Höhe meines monatlichen Bafög-Darlehens.

Jörg Kramer, Uelzen